









## Abgeordnetenhaus.

61. Sitzung vom 15. April. 11 Uhr.

**Am Ministertische:** Miquel, Thielen und Commissarien. Die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Erweiterung, Vervollständigung und bessere Ausrichtung des Staatseisenbahnnetzes wird vom

Minister Thielen eingeleitet; der Entwurf unterscheidet sich vortheilhaft von seinem Vorgänger, trotzdem er nur etwa die Hälfte desselben an Crediten verlange; für den eigentlichen Ausbau des Eisenbahnnetzes werde aber verhältnismäßig mehr verlangt, für Bahnhofsbauten und Nachtragsbewilligungen aber weniger. Diese letztere Rubrik werde auch in Zukunft wohl nicht unausgefüllt bleiben; denn ganz genaue Veranschlagungen lassen sich bei den Conjunctionen des Arbeits- und Materialmarktes und bei nachträglich sich ergebenden Schwierigkeiten des Baues nicht bewirken. Wenn der diesjährigen Vorlage eine weitere Ausdehnung nicht gegeben ist, so liegt das an der allgemeinen Finanzlage des Staates, welche eine vorsichtige Beschränkung erfordert. Aus politischen Rücksichten ist es geboten, mit der Herstellung neuer Bahnen in thunlichst gleichmäßigem Tempo vorzugehen, und nicht mehr neue Bauten vorzunehmen, als bewältigt werden können und als die Industrie ohne Ueberstürzung leisten kann. Sowohl durch Gesetz als durch Verwaltungsprincip soll dem Privatkapital ein größerer Spielraum gewährt werden zur Betheiligung an der Ausbildung des inländischen Eisenbahnnetzes. Auf Grund der Vorarbeiten und der abgeschlossenen Verhandlungen wäre die Regierung auch nicht in der Lage gewesen, mehr zu beantragen. Wenn die Privatbetheiligung sich nicht mehr gezeigt hat, so liegt das daran, daß das Alleinbahngesetz erst jetzt in Kraft getreten ist, daß also Concessionen noch nicht in ausgedehntem Maße erteilt werden konnten. Ich behalte mir aber vor, dem Landtage eine Uebersicht darüber vorzulegen und eine Uebersicht über die Concessionen und Vorconcessionen hinzuzufügen, welche erteilt sind auf Grund der Vorschriften des Gesetzes von 1838. Eine Vermehrung der Werkstättenanlagen ist nicht vorgesehen; die Regierung glaubt mit den vorhandenen Materialien auskommen zu können, namentlich wenn die Werkstätten sich mehr auf die Reparaturen beschränken und die Anfertigung von Vorrathsstücken der Privatindustrie überlassen. Ich kann nur bitten, die Vorlage wohlwollend aufzunehmen, und kann erklären, daß die Eisenbahnverwaltung nicht gewillt ist, die Förderung des Eisenbahnbaues einzustellen. (Beifall.)

**Abg. Ritter** (freiconf.) empfiehlt den Bau einer Bahn zum Anschluß des Waldenburger Kohlenreviers an das Staatseisenbahnnetz; mindestens solle Privatunternehmern der Bau gestattet werden, wenn der Staat nicht selbst bauen will.

**Abg. Buthe** (conf.) empfiehlt die Beschleunigung der Vorarbeiten für die Bahn Bolkenhahn-Merzdorf.

**Abg. Klefschke** (nat.-lib.) bedauert, daß die Vorlage nicht die schon lange gewünschte Strecke Strehlen-Schweidnitz gebracht habe, daß man der Linie Tauer-Rohnstock den Vorzug gegeben habe.

**Abg. v. Baudemer** (conf.) dankt für die Linie Bütow-Berent und empfiehlt ferner den Bau der Strecke Leba-Lauenburg-Bütow-Ronitz, sowie die Verbesserung des Hafens bei Leba

**Abg. Falkenhagen** (nat.-lib.) empfiehlt die Herstellung der Linie Einbeck-Vorwohle im Interesse seines Wahlkreises.

**Abg. Enneccerus** (nat.-lib.) regt die Canalisirung des Mains von Frankfurt bis Hanau an, damit die großen Schiffe von 2000 Tonnen, welche jetzt bis Frankfurt fahren, bis Hanau ohne Erleichterung fahren können.

**Abg. Lotichius** spricht die Hoffnung aus, daß die Regierung in Zukunft Hessen-Rassau und Rheinland besser bedenken werde.

**Abg. Dasbach** befürwortet den Bau der Linie Gerstungen-Hünfeld.

**Abg. v. Halem** (nat.-lib.) bittet den Minister um Auskunft darüber, wie die Eisenbahn-Verwaltung zur Bewilligung directer Tarife den Kleinbahnen gegenüber steht.

**Abg. Badem** (Centr.) empfiehlt die Vermehrung der Haltestellen in seinem Wahlkreise Crefeld, namentlich bei der Crefelder Eisenbahn, einer Privatbahn, die unter Staatsverwaltung steht. Ferner wünscht er, daß auf dem Südbahnhof in Köln alle Schnellzüge halten.

**Abg. Friedrichs-Lüneburg** (nat.-lib.) bedauert, daß die Provinz Hannover so schlecht bedacht ist, und empfiehlt die Fortsetzung der Linie Walsrode-Soltau nach Hamburg im Anschluß an die Staatsbahn bei Winjen an der Luhe.

**Die Abgg. Würmeling** (Centr.) und **Herold** (Centr.) befürworten den Bau verschiedener Linien im Münsterischen.

**Abg. v. Bockelberg** bedauert, daß die Provinz Brandenburg nicht bedacht ist und empfiehlt die Fortführung der Bahn von Schwerin westlich nach Rustrin.

**Abg. Willebrand** (Centr.) empfiehlt mehrere kleinere Linien im Anschluß an die ehemalige Köln-Mindener Bahn.

**Abg. v. Tschoppe** (freiconf.) bittet um endliche Ausführung der Linie Uelzen-Debisfelde.

**Abg. Ludowicz** (nat.-lib.) bedauert, daß die Provinz Hannover nicht berücksichtigt ist und führt aus, daß selbst bei schlechter Finanzlage der Staat Ausgaben machen müsse für Unternehmungen, welche die Volkswirtschaft zu fördern geeignet sind. Redner empfiehlt, die Linie von Bünde nicht an Löhne-Osnabrück, sondern an Hannover-Bremen anzuschließen und die Linie Hannover-Walsrode-Soltau schleunigst fortzuführen.

**Abg. Engler** (freiconf.) spricht seinen Dank für die Aufnahme der Linie Bütow-Berent in die Vorlage aus. Die Linie werde sich gewiß rentieren. Es sei dringend wünschenswerth, daß auch die Stadt Ronitz einen Anschluß an dieselbe erhalte. Dieser Anschluß empfehle sich jedoch im Interesse der Provinz mehr nach Berent, als wie der Abg. v. Bandauer vorgeschlagen habe, nach Bütow. Für diese Linie würden die hauptsächlich beteiligten Areise Ronitz und Carthaus kaum eine Beisteuer leisten, da ihnen die Linie Ronitz-Berent mehr zu gute komme. Die Provinz Westpreußen habe viel weniger Interesse an der Anlage eines Fitchereihafens in Leba und einer Verbindung dorthin, als an den Ausbau eines Schienenweges über Berent nach Danzig. Der Redner beantragt die Verweisung der Vorlage an die um 7 Mitglieder verstärkte Budgetcommission.

**Abg. Engberth** (nat.-lib.) hält es für falsch, daß der

Eisenbahnminister in seinem Wohlwollen der Bevölkerung gegenüber abhängig ist von den fiscalischen Rücksichten, und empfiehlt eine Eisenbahnverbindung für den Kreis Biedenhopf.

**Abg. Conrad-Flatow** (conf.) befürwortet ebenfalls eine Fortsetzung der Linie Rakel-Ronitz, die im Herbst 1894 vollendet sein werde, nach Bütow oder Berent, ohne sich für eine dieser Linien auszusprechen. Seine Fraktion erkenne es als einen Vorzug der Vorlage an, daß bei aller Sparsamkeit doch im wesentlichen dieselben Mittel für Secundärbahnen aufgewendet werden wie früher. Sie erkläre sich mit der einfachen Ueberweisung an die Budgetcommission einverstanden. Er begrüße es mit Freuden, daß Westpreußen in diesem Jahre mit 32 Kilometer neuer Eisenbahnen bedacht sei. Er bedauere, daß die Finanzlage diesmal die Vorlage sehr beschränkt habe; wenn aber eine Bahn gebaut werde, die 10 Kilometer im Königreich Sachsen liege, ohne daß der Staat Sachsen etwas dazu beiträge, dann könne auch Westpreußen, welches längere Zeit nicht bedacht sei, berücksichtigt werden.

**Abg. Wies** (Centr.) schildert die schlechten Bahnhofsverhältnisse in München-Glabbech, namentlich die Gefährlichkeit der Niveauübergänge, und empfiehlt einen baldigen Umbau.

**Abg. Riesch** (freiconf.) empfiehlt den Bau einiger Strecken zur Abkürzung der Verbindung von Bremen mit Frankfurt a. M.

**Abg. Alose** (Centr.) ersucht den Minister um endliche Erfüllung der Bitte, für die Stadt Ratscher (Oberschlesien) eine Bahnverbindung herstellen zu lassen. Dieselbe sei für Ratscher eine Lebensfrage.

**Abg. Geer** (nat.-lib.) empfiehlt die baldige Inangriffnahme der Linie Bromberg-Inin.

**Abg. Hollesen** (nat.-lib.): Ich möchte dem Minister die schon seit vielen Jahren projectirte Eisenbahn von Riel nach Rendsburg und weiter bis Tschöbe, deren Project schon seit zwei Jahren definitiv festgestellt ist und dem Hause vorgelegt werden sollte, in Erinnerung bringen. Es ist ein dringendes staatliches Bedürfnis, daß diese Bahn fertig gestellt ist, wenn der Nord-Ostsee-Kanal fertig ist, d. h. also 1895.

**Abg. Schulz-Lupitz** (freiconf.) hält die Erweiterung des Eisenbahnnetzes in größerem Maße für nothwendig, als es jetzt geschehe. Die Eisenpreise seien so niedrig wie selten, deshalb könne man billig bauen.

**Abg. v. Dalwigk-Lichtenfels** (Centr.) empfiehlt eine Verbesserung der Bahnhofsverhältnisse in Roblitz.

**Abg. Lerche** (frei.) empfiehlt eine Bahn von Nordhausen nach Wernigerode.

**Abg. Poritz** (Centr.) befürwortet den endlichen Ausbau der Linien Neurode-Reichenbach, Rückers-Glatz und Glatz-Landek.

**Abg. v. Fölkersamb** (conf.) tadelt ebenfalls die Sparsamkeit der Regierung bei dieser Vorlage.

**Abg. Timm** (nat.-lib.): In der Vorlage ist die Provinz Schleswig-Holstein gar nicht bedacht. Ich mache aufmerksam auf die über Oldesloe und Lübeck nach Mecklenburg und weiter gehenden östlichen Eisenbahnen und auf die westlichen Bahnen Schleswig-Holsteins und die westliche Mündung des Nord-Ostseekanals. Hier fehlt jede directe Verbindung, die Kanalübergang ist nur zu erreichen auf den weiten Umwegen über Hamburg oder Neumünster. Eine solche ist nun ungewisselhaft am kürzesten und leichtesten herzustellen durch eine

Eisenbahn Oldesloe-Elmsborn oder, da eine Bahn Elmsborn-Barmstedt so gut wie sicher schon in nächster Zeit durch Privatmittel gebaut wird, nach letzterem Ort. Ich bitte die Regierung und speciell den Eisenbahnminister, diese Eisenbahnverbindung mit in erster Linie ins Auge fassen zu wollen.

Die Vorlage wird der Budgetcommission überwiesen. Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr (Ergänzungssteuer).

## Aus der Provinz.

**SS Neustadt, 16. April.** Auf Einladung des Herrn Köhlig-Wischkehin fand heute im Hotel Behndke hier selbst eine Versammlung zur Gründung eines Zweigvereins des „Bundes der Landwirthe“ statt. Es hatten sich etwa 40 Herren (fast ausnahmslos Großgrundbesitzer) eingefunden, von welchen nach einer einleitenden Rede des Herrn R. etwa 30 Herren dem Bunde beitraten. Es wurde dann eine Resolution zu Gunsten der Militärvorlage eingebracht, gegen welche 6 der liberalen Partei angehörige Herren, unter Wahrung ihres politischen Standpunktes, stimmten. Eine kurze Debatte, welche sich zu entspinnen anfang, wurde durch Schlussanträge der Großgrundbesitzer vereitelt. Herr Pferdmeenges-Rahmel nahm auch hier den Feldzug gegen die „Danziger Zeitung“ auf, doch blieb es bei dem Wortgefecht.

**□ Elbing, 16. April.** Der Plan der Einrichtung einer Hochschule im organischen Zusammenhange mit einer Mädchenschule beschäftigt z. B. die städtischen Behörden. In den letzten Tagen wurden die einzelnen Mädchen-Schulgebäude besichtigt, um festzustellen, bei welchem Gebäude sich die Einrichtung am besten bewerkstelligen läßt. Boraussichtlich dürfte das Gebäude der Altstädtischen Töchterchule für die erwähnten Zwecke am geeignetsten erscheinen. Ob es sich jedoch bei unseren stark überfüllten Schulklassen wird durchführen lassen, die geplante Einrichtung in zweckmäßiger Weise organisch mit der Schule zu verbinden, bleibt noch fraglich. Auf das durch die hiesigen Volksschullehrer im Oktober v. J. dem Cultusministerium eingereichte Gesuch um Einführung eines neuen **Be-  
föhrungsplanes** ist bis dahin eine Antwort noch nicht eingegangen, wahrscheinlich aus dem Grunde, weil die zwischen den Staats- und städtischen Behörden in dieser Angelegenheit gepflogenen Verhandlungen noch immer nicht zum Abschluß gelangt sind. Wie verlautet, würde ein durch die königliche Regierung zu Danzig der Stadt zur Annahme empfohlener **Be-  
föhrungsplan** eine Mehrausgabe von 38 000 Mk. erforderlich machen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß die Stadt nicht in der Lage ist, ein so großes Mehr für diese Zwecke aufzubringen. Wie verlautet, erklärt sich der Magistrat zur Annahme des erwähnten **Be-  
föhrungsplanes** unter der Bedingung bereit, daß den hiesigen Lehrern die staatlichen Dienstalterszulagen bewilligt und in die Stadtkasse gezahlt würden. In einer Audienz, welche kürzlich Herr Oberbürgermeister Elbitt bei dem Herrn Cultusminister nachsuchte, soll der Chef des Unterrichtswezens nun erklärt haben, daß den hiesigen Lehrern die staatlichen Dienstalterszulagen nicht bewilligt werden könnten, da die für diese Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel bereits erschöpft seien.

**§ Flatow, 16. April.** Am Freitag, den 14. d., feierte Herr Kreis Schulinspector Bannewitz sein 25jähriges

